

18./IV. 1917

Wiener Gemüchlichkeit und sein Ende?

Die Tragikomödie unseres Straßenbahnwesens.

Es ist ein eigenartig Ding um die berühmte Wiener Gemüchlichkeit, die leider so oft in jenes Extrem ausartet, das dann von unseren Feinden als Schwäche und Apathie gedeutet wurde. Man nörgelt, kritisiert, verwahrt sich, ballt die Faust im Saute — und doch bleibt alles beim Alten, das identisch mit dem Schlechten, Ungereimten ist. Die maßgebenden Stellen wissen genau, wie derlei Unnützsäufereien bei uns abzugehen pflegen, lassen ihnen daher freien Lauf und denken vergnügt: „... die bellen, beißen nicht!“

Eines der traurigsten Kapitel in unserer an traurigen Kapiteln leider überreichen Lokalschronik bildet die Straßenbahnfrage. War sie schon in Friedenszeiten darnach angetan, den lojalsten und friedlichsten Bürger in einen rasenden Roland zu verwandeln, so ist sie vollends im Kriege zu einem Wüsting geworden, dessen Kapriolen und Attentate nun nicht mehr länger zu ertragen sind. Auf keinem Gebiete getrauen sich die kompetenten Faktoren so unverhohlen und ungeschämt die Geduld des Wiener Publikums zu mißbrauchen wie auf diesem. Wenn es nicht anders zu machen ist, erzeugt man die Absurditäten und Skandale einfach künstlich, denn sie sind das Ständige, Unveränderliche im Wiener Straßenbahnwesen, das im übrigen von einem Mißstande zum anderen, von einer Provokation zur anderen springt.

Die Regierung beschließt, daß ab 15. April Sommerzeit sei, die Unterbehörden führen diesen Beschluß aus, die gesamte Bevölkerung unterwirft sich, so schwer es gar vielen ankommt. Alles wird der Sommerzeit angepaßt, alles in allen Zweigen des öffentlichen Lebens. Nur ein Organ macht eine Ausnahme, und zwar in einer einzigen Beziehung: die Wiener Stadtverwaltung verfügt, daß es für die Wiener Straßenbahn erst ab 1. Mai eine Sommerzeit gebe. Das heißt, der Betrieb endet zwischen 15. und 30. April um 10 Uhr der neuen, also um 9 Uhr der alten Zeit und wird erst ab 1. Mai bis 11 Uhr der neuen, also bis 10 Uhr der alten Zeit verlängert. Die Wiener Stadtverwaltung gefällt sich darin, zu zeigen, daß sie mächtiger sei als Regierung und Volk zusammen. Und da sie keine Gelegenheit sucht, diese Macht in Angelegenheiten zu beweisen, in denen die Allgemeinheit einen Nutzen oder eine Erleichterung daraus gewinnen könnte, befundet sie sie wenigstens dort, wo es gilt, zu schaden, zu schikanieren und Paradoxe zu schaffen, die einer Großstadt durchaus unwürdig erscheinen.

Sollte einmal irgendein anderes Organ oder gar eine Einzelperson wagen, eine Regierungsmaßnahme nicht nur zu ignorieren, sondern gar ins Gegenteil zu verkehren, eigenmächtig abzuändern und gewissermaßen ihr Talent, Scherz zu treiben oder die anderen zu verhöhnen, dabei betätigen — die Strafe ließe nicht lange auf sich warten. Bei der Wiener Stadtverwaltung fallen solche Momente natürlich nicht in die Wagschale. Sie ist immun, zumal, wenn es sich darum handelt, in Straßenbahnfragen despotisch und wider alle Vernunft zu droffeln. Man hat es zuletzt so weit gebracht, daß wir zum Gespötte geworden sind, und wird es, tritt nicht radikalster Wandel ein, endlich dahin bringen, daß wir — verachtet werden. Verachtet, weil wir nicht die Entschlossenheit besitzen, mit Uebelständen aufzuräumen, die uns lähmen und bedrohen. Uebermenschliches, Glänzendes, für alle Zeiten Unvergängliches leisten unsere Braven im Kampfe mit einer Welt von Gegnern, im Kampfe, der gleichbedeutend mit dem Siege ist. Herrlich werden wir mit dem äußeren Widersacher fertig! Dem inneren gegenüber aber bleiben wir ohnmächtig, diesem inneren Widersacher gegenüber, dessen Grundpfeiler die Indolenz, die Trägheit und die Langmut ist, mit der das Wiener Publikum das Treiben von Stellen duldet, die ein Amt haben, aber nicht jenes Zweite, das nach dem Sprichworte dem Beamteten von Gott gleich mitgegeben wird. Die Wiener Bevölkerung fordert nun, wozu sie nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht hat: daß die Verwaltung von Agenden, die für das lokale Leben von weittragender, entscheidender Bedeutung sind, den hierzu Fähigen und Geeigneten übertragen, den „anderen“ jedoch entzogen werde. Eine derartige Agenda ist wohl das Straßenbahnwesen.